



BWO-Direktor Ernst Hauri schaltet sich in die Diskussion ein, links Martin Tschirren vom Städteverband.



Für WOHNEN-SCHWEIZ-Präsident Daniel Burri sind die Fonds-de-Roulement-Gelder keine Subventionen.



CVP-Nationalrat und Beirat WOHNEN SCHWEIZ Martin Candinas im Gespräch mit Adrian Achermann.



FDP-Nationalrat und Beirat WOHNEN SCHWEIZ Kurt Fluri bei seinem Referat. Bilder Martin Bichsel

## Aus bürgerlicher Sicht klar für den «Fonds»

Aus bürgerlicher Sicht votierten an einem Informationsanlass im Bundeshaus die Nationalräte Martin Candinas (CVP, GR), Kurt Fluri (FDP, SO) sowie Daniel Burri, Präsident WOHNEN SCHWEIZ, für den Fonds de Roulement. Er stärke Eigeninitiative und Selbstverantwortung.

Während der Sommersession organisierte die Gruppe Kommunalpolitik des Schweizerischen Städteverbandes zusammen mit den beiden Dachverbänden WOHNEN SCHWEIZ und Wohnbaugenossenschaften Schweiz einen Informationsanlass für die Mitglieder des National- und Ständerates. Erfreulicherweise wurde die Veranstaltung sehr gut besucht, vertreten waren Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus allen Fraktionen.

### Im Herbst wird es heiss

Das Interesse liegt auf der Hand: In der Herbstsession wird der Nationalrat als Erstrat eine wohnungspolitische Standortbestimmung vornehmen. Die grosse Kammer muss sich entscheiden, was sie von der Volksinitiative «Zahlbares Wohnen für alle» des Mieterverbandes einerseits und

von der Aufstockung des Fonds de Roulement andererseits hält. Dabei geht es um die Aufstockung des Fonds de Roulement um 250 Millionen Franken für die Jahre 2020 bis 2030. Im Hinblick auf diese wichtige Weichenstellung wolle man eine Auslegeordnung vornehmen, erklärte Nationalrat Kurt Fluri (FDP, SO) zum Ziel der Veranstaltung. Fluri ist mit dieser Materie bestens vertraut, als Präsident des Schweizerischen Städteverbandes sowie als Mitglied des Politischen Beirats von WOHNEN SCHWEIZ.

### Mit Vorurteilen aufräumen

Ein wichtiges Anliegen der Veranstaltung war, falsche Vorstellungen über den gemeinnützigen Wohnungsbau auszuräumen. So betonte Ernst Hauri, Direktor des Bundesamtes für Wohnungswesen, dass die öffentliche

Hand nur ergänzend auf dem Immobilienmarkt tätig sei. Das von seinem Bundesamt umgesetzte Wohnraumförderungsgesetz kommt in der Praxis vor allem den Genossenschaften zugute. Rund fünf Prozent der Liegenschaften in der Schweiz seien in genossenschaftlichem Besitz.

### Fonds: für Genossenschaften

Ein wichtiges Instrument des BWO zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus ist der Fonds de Roulement. «Das Instrument ist niederschwellig und freiwillig», betonte Daniel Burri, Präsident von WOHNEN SCHWEIZ. Unterstützungsanträge können direkt beim Verband eingereicht werden. Aus bürgerlicher Sicht wehrt sich Burri vehement dagegen, diese Förderungsgelder als Subventionen zu bezeichnen. Denn erstens



Angeregte Diskussion (von links): FDP-Nationalrat und Beirat WOHNEN SCHWEIZ Albert Vitali, WOHNEN-SCHWEIZ-Präsident Daniel Burri und CVP-Nationalrat Konrad Graber.

made der Fonds keine Verluste, im Gegenteil, der Bund verdiene sogar daran. Zweitens könne wegen des freiwilligen Charakters nicht von linker Marktverzerrung gesprochen werden. «Genossenschaften sind privat organisiert und nicht subventioniert, wie das in der Öffentlichkeit oft suggeriert wird.»

### Bürgerliches Nein zur Initiative

Für den Bündner CVP-Nationalrat Martin Candinas – er ist wie auch Kurt Fluri Mitglied des Politischen Beirats

von WOHNEN SCHWEIZ – geht die Initiative des Mieterverbandes zu weit. «Starre politische Vorgaben sind kein gangbarer Weg, um gemeinnütziges Bauen zu fördern.» Candinas kann sich Gesetze mit fixen Quoten in seinem Heimatkanton Graubünden nicht vorstellen. «Die Vorlage ist nicht liberal genug und lässt zu wenig Raum für regionale und individuell angepasste Strategien in der Wohnungspolitik.» Neben Fluri und Candinas waren auch weitere Mitglieder des Politischen Beirates von WOHNEN SCHWEIZ am



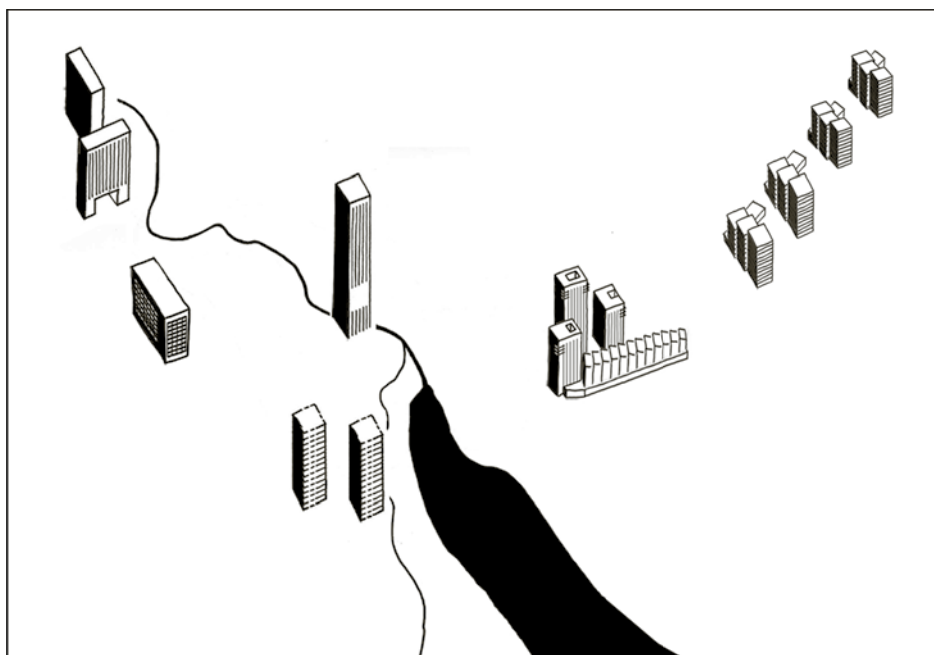
Die Thuner SP-Gemeinderätin Marianne Dummermuth diskutiert Statistiken mit WBG-Präsident Louis Schelbert und WBG-Direktor Urs Hauser.



SP-Nationalrat Cédric Wermuth im Gespräch mit SP-Nationalrat Thomas Hardegger und WBG-Direktor Urs Hauser.

Anlass vertreten: Ständerat Peter Föhn (SVP, SZ) und die Nationalräte Thomas Weibel (GLP, ZH) und Albert Vitali (FDP, LU).

Timo Bachmann/Kurt Bischof



**Harder Haas P. AG**

Gesamtplanung

Architekten ETH SIA SVIT

[www.hzh.ch](http://www.hzh.ch)

